
1217/J XXII. GP

Eingelangt am 04.12.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten Grünewald, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft & Kultur

betreffend Auswirkungen rückläufiger Universitätsbudgets auf Studienbedingungen an den Universitäten

Das Uni-Budget für 2003 lag um mehr als 100 Mio. Euro unter dem des Vorjahres. 2002 standen den Universitäten inklusive der Mittel aus der Universitätsmilliarde 1.828 Mio. € zur Verfügung. Für das Jahr 2003 gab es keine Universitätsmilliarde mehr und im Bundesvoranschlag waren nur noch 1.723 Mio. € budgetiert.

Zwar hat Ministerin Gehrler immer wieder versprochen, dass die Mittel im Jahr 2004 wieder steigen werden. Der Bundesvoranschlag weist allerdings eine Steigerung gegenüber 2002 um lediglich 86 Mio. € aus. Und die „Budgetverhandlungen“, die in den letzten Wochen zwischen Ministerium und den einzelnen Unis stattfanden, bereiteten der Illusion ein Ende, dass das Budget des Jahres 2003 tatsächlich durch das Budget für 2004 ausgeglichen werde. Der Rektor der Universität Graz fasst die Situation wie folgt zusammen: „Nominell gibt es schon mehr, real gesehen ist es hingegen weniger.“ Der Grund: Wenn das nominelle Budget um die Implementierungskosten und jene Posten, die vor der Uni-Reform noch nicht von den einzelnen Universitäten selbst finanziert werden mussten (z.B. Mieten, Pensionsbeiträge, Gehaltsvorrückungen, Aufwendungen für Versicherungen oder die Bezahlung der Uni-Räte, etc.), bereinigt wird, liegt das reale Budget sogar noch unter dem von 2003.

Unter diesen Voraussetzungen und der bereits über die letzten Jahre systematisch herbeigeführten Ressourcenknappheit wird in vielen Bereichen vor allem die Lehre massiv zurückgefahren werden müssen. Wegen des Aufnahmestopps und der durch die Gehaltsdynamik steigenden Personalkosten fehlen dringend benötigte Mittel in der Lehre. Auch für die Bestellung neuer dringend benötigter Professuren fehlt zumeist die budgetäre Bedeckung. Die Streichung der Ermessensausgaben für die Neuanschaffung von Lehrbehelfen, der Stopp aller Ankäufe für die Bibliotheken und der generelle Investitionsstopp haben heuer bereits für große Probleme bei der Aufrechterhaltung eines qualitativ hochwertigen Lehrbetriebs auf internationalem Niveau gesorgt. Die Unis sind seit 2000 dem Druck rückläufiger Budgets ausgesetzt. Diese sind im autonomen Bereich allein nicht zu beheben und liegen seit Jahren in

der Verantwortung des zuständigen Ressorts.

Das Resultat ist, dass der Studienbetrieb qualitativ unverändert bleibt, ja in vielen Fällen durch die Auswirkungen der Einsparungen sogar eingeschränkt werden muss, Studierende und lernwillige junge Menschen aufgrund der Studiengebühren aber zusätzlich dafür zahlen müssen.

Negative Meldungen aus unzähligen Instituten sind die Folge. In vielen Studienrichtungen gibt es nicht ausreichend Personal, um die große Anzahl an Studierenden ordentlich betreuen zu können. Auch die Raumsituation sieht vielfach nicht besonders gut aus. Abgesehen davon fehlen Labor - und Seminarplätze, so dass es bei der Anmeldung zu Lehrveranstaltungen zu chaotischen Situationen kommt. Anstatt aber hier konstruktive Hilfestellung zu leisten, verweist Bundesministerin Gehrler auf die universitäre Autonomie und bezichtigt die Universitätsangehörigen mangelnder Managementfähigkeiten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um den Universitäten zusätzliche Budgetmittel zur Verfügung zu stellen?
2. Was entgegnen Sie dem Vorwurf eines Großteils der Rektoren, dass das Budget 2004 real unter dem des Jahres 2003 liegt?
3. Was haben Sie unternommen, um vom Finanzminister die von den Unis dringend benötigten Mittel zur Aufrechterhaltung eines qualitativ hochwertigen Lehrbetriebs zu erhalten?
4. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um jene prekären Ressourcenmängel zu beheben, die zu ungerechter und nicht bedarfsorientierter Vergabe von Lehrveranstaltungsplätzen führen?
5. Was sollen aus Ihrer Sicht Studierende unternehmen, die trotz der Studiengebühren keinen Platz in Pflichtlehrveranstaltungen bekommen haben?
6. Wie sollen sich Ihrer Meinung nach Studierende verhalten, die Studiengebühren bezahlt haben und auch die fachlichen Voraussetzungen und Qualifikationen erbringen, dann aber wegen Überfüllung keinen Labor- oder Seminarplatz bekommen?
7. Was raten Sie DiplomandInnen, die mangels freier Valenzen über mehrere Semester auf die Betreuung ihrer Diplomarbeit warten müssen, um ihr Studium abschließen zu können?
8. Haben Sie gesetzliche Regelungen vorgesehen, die Studierende vor der unverschuldeten Überschreitungen der Regelstudienzeit aus Mangel an Lehrpersonal und Praktikumsplätzen bei verpflichtender Fortzahlung der Studiengebühren zu schützen?

9. Welche Garantien können Sie Studierende geben, die ordnungsgemäß ihre Studiengebühren bezahlt haben und einen positiven Studienerfolg nachweisen, dass sie ihr Studium nach dem vorgesehenen Studienplan studieren und abschließen können?